



## Information für die Presse

### SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartner: Waldemar Schütze, An der Flurscheid 11, 61352 Bad Homburg  
Telefon 06172/456427, Mobil 0171 3675260

Bad Homburg, 03. Dezember 2008

### **36 SPD-Anträge bei Haushaltsberatungen 2009 im Finanzausschuß abgelehnt CDU/FDP-Koalition lehnt auch Kameradschaftskasse und Rentenversicherung für Feuerwehrleute ab**

Wie der Fraktionsvorsitzende der SPD, Waldemar Schütze, mitteilt, hat die Koalition in der gestrigen Haushalts-Beratung im Finanzausschuß 36 von 48 Anträge der SPD-Fraktion abgelehnt. „Das heißt aber nicht, dass sie etwa 12 Anträgen der SPD zugestimmt hätte- nein, es wurde wieder das „bewährte,, Verfahren der CDU gewählt, Anträge der Opposition als die Eigenen einzubringen.

Dies steht im krassen Gegensatz der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Etzrodt, „mit allen Fraktionen mehr Gemeinsames statt Trennendes zu suchen.“ Wie schon in den letzten Jahren, sind das weiterhin nur Lippenbekenntnisse.

Besonders ärgerlich ist das Verhalten gegenüber unseren aktiven freiwilligen Feuerwehr- leuten. So hat das Stadtparlament im Februar diesen Jahres einstimmig einen SPD-Antrag beschlossen, dass der Magistrat prüfen solle, ob eine kollektive Kapitalgedeckte Versiche- rungsrente für freiwillige Feuerwehrleute in Bad Homburg abgeschlossen werden kann. Nachdem die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Jungherr im September 2008 auf eine Anfrage der SPD keine konkreten Antworten gegeben hat, scheint es nun „amtlich“ zu sein, das daraus wohl nichts wird. Sonst hätte sie ja wie von der SPD beantragt, Geld in den Haus- halt einstellen müssen. Die CDU will das für unsere Feuerwehrleute, die einen lebenslan- gen schweren Dienst tun, nicht,“ faßt Waldemar Schütze.

Auch der Erhöhung um 5.000,- € für die Feuerwehr zur Kameradschaftskasse hat sich die CDU verweigert, nach Meinung der SPD ist das nur schofelig.

Verwunderlich ist auch das Verhalten der Koalition bei der Behandlung von Anträgen der SPD, die die Präventivarbeit der Stadt zur Jugendgewalt betreffen. Die Streichung des Haushalts-Ansatzes für private Sicherheitsdienste, dafür 4 Ordnungspolizisten mehr ein- zustellen und die Aus- und Fortbildung der Ordnungspolizei bei der Polizeischule in Wies- baden mit der Erhöhung des Haushalts-Ansatzes um 20.000,- Euro und die Einstellung von zwei zusätzlichen Streetworkern gehören auch in diesen Zusammenhang.

Im Übrigen waren alle unsere Anträge und Vorschläge zur Haushalts-Beratung gegen ge- rechnet und finanzierbar,“ so Waldemar Schütze abschließend.